

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere am Jemenkrieg beteiligte Staaten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

CDU, CSU und SPD hatten sich im März 2018 im Koalitionsvertrag „für eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ ausgesprochen und vereinbart: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland verbleiben. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden. Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.“

Ein Verkauf von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien und die Länder der Jemen-Kriegsallianz verstößt zudem gegen europäische Bestimmungen („Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“). So dürfen keine Waffen geliefert werden, „die im Endbestimmungsland bewaffnete Konflikte auslösen bzw. verlängern würden oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärfen würden“. Ausfuhrgenehmigungen müssen zudem verweigert werden, „wenn eindeutig das Risiko besteht, dass der angegebene Empfänger die Militärtechnologie oder die Militärgüter, die zur Ausfuhr bestimmt sind, zum Zwecke der Aggression gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzt“.

Laut Vereinten Nationen stellen die Angriffe der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz die Hauptursache für die Opfer unter der Zivilbevölkerung in diesem Konflikt dar. Die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz stand auf der Liste der Staaten und bewaffneten Gruppen, die die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten verletzen. Über die Hälfte der getöteten Kinder und drei Viertel der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser gehen auf Saudi-Arabien und die von dem Land geführte Militärkoalition zurück.

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind kein zuverlässiges Empfängerland. Immer wieder gibt es Indizien, dass insbesondere das Militär Saudi-Arabiens und der Emirate die Endverbleibserklärungen verletzt haben. Erst Ende Februar 2019 berichtete das Recherchebündnis #GermanArms, dass deutsche Waffen im Jemen-Krieg einem Bericht zufolge eine weitaus größere Rolle spielen als bislang bekannt. Die Streitkräfte der VAE und Saudi-Arabiens benutzten deutsche Rüstungstechnologie für See-, Land- und Lufteinsätze in dem Bürgerkriegsland.

Trotzdem hat die Bundesregierung in ihrem ersten Amtsjahr Rüstungslieferungen im Wert von etwa 400 Millionen Euro an die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition im Jemen-Krieg genehmigt. Zur Koalition werden Ägypten, Bahrain, Kuwait, Jordanien, Marokko, Senegal, der Sudan und die Vereinigten Arabischen Emirate gezählt. Katar zog seine Truppen im Juni 2017 aus der Kriegsallianz ab. Nach Angaben der Bundesregierung wurden in den ersten zwölf Monaten nach der Vereidigung des Kabinetts am 14. März 2018 insgesamt 208 Einzelgenehmigungen für die an der Jemen-Kriegscoalition beteiligten Länder erteilt. Zwei Drittel dieser Ausfuhren gingen alleine an Saudi-Arabien (255 Millionen Euro) und die Vereinigten Arabischen Emirate (57 Millionen Euro). Bis Mitte Oktober 2018 wurden insgesamt Einzelausfuhrgenehmigungen in Höhe von rund 416 Millionen Euro nach Saudi-Arabien erteilt – davon Kriegswaffen im Wert von 147 Millionen Euro und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 269 Millionen Euro.

Neben den konventionellen Waffenlieferungen ist auch der Export von Atomtechnik und Uran zum Einsatz in Atomkraftwerken ein wachsendes Risiko, denn die vermeintlich friedliche Nutzung der Atomenergie ist von militärischen Anwendungen nicht zu trennen. In den Uran-Brennstäben entsteht beim AKW-Einsatz Plutonium, das abgetrennt und zum Bau von Atomwaffen eingesetzt werden kann. Schon jetzt liefert ein Unternehmen mit deutscher Beteiligung – die URENCO – angereichertes Uran für den Einsatz in den vier Atomkraftwerken der Vereinigten Arabischen Emirate, die ab Ende 2019 nach und nach in Betrieb gehen sollen. Erst vor wenigen Tagen haben die USA Genehmigungen für den Export von Atomtechnik an Saudi-Arabien erteilt. Auch Saudi-Arabien will in den kommenden Jahren neue Atomkraftwerke bauen und betreiben und benötigt angereichertes Uran als Brennstoff. Uranbrennstoff zum Einsatz in Atomkraftwerken kann in Deutschland von der URENCO in Gronau oder von der Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen hergestellt werden. Beide Uranfabriken sind bislang vom Atomausstieg ausgenommen und müssen nach Auffassung der Antragsteller endlich stillgelegt werden.

Waffenlieferungen an Saudi-Arabien wurden erst Mitte November 2018 als Reaktion auf die Tötung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi, mutmaßlich auf Befehl der saudischen Führung um Kronprinz Mohammed bin Salman, gestoppt.

Mit der Entscheidung des Bundessicherheitsrates vom 28. März 2019 wird der vorläufige Waffenexportstopp an Saudi-Arabien wieder ausgehebelt. Rein deutsche Rüstungsgüter dürfen zwar für ein weiteres halbes Jahr nicht nach Saudi-Arabien geliefert werden. Bis Ende des Jahres dürfen allerdings deutsche Rüstungskonzerne wieder Bauteile bzw. Komponenten für Waffensysteme nach Frankreich oder Großbritannien liefern, um eine Fortführung der Produktion zu ermöglichen. Einen Export fertiger Produkte mit deutschen Teilen wie etwa Eurofighter-Kampffjets aus Großbritannien nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) will die Regierung aber unterbinden – indem die Bundesregierung den Bündnispartnern gut zuredet und die Unternehmen sich von ihren Geschäftspartnern formell versichern lassen, dass endmontierte Waffensysteme nicht exportiert werden.

Medienberichten zufolge hat die Bundesregierung zudem weitere „Ausnahmen“ für fünf Projekte mit einem Gesamtwert in Höhe von 400 Millionen Euro zugelassen, inklusive des Artillerie-Ortungssystems Cobra. Saudi-Arabien soll sich verpflichten, diese Güter nicht im Jemen-Krieg einzusetzen.

Allein diese vom Bundessicherheitsrat vereinbarten „Ausnahmen“ entsprechen der gesamten Summe der in den vergangenen zwölf Monaten an die Jemen-Kriegsallianz gelieferten Rüstungsgüter.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Entscheidung des Bundessicherheitsrats zu Rüstungsexporten an Saudi-Arabien über Partnerländer wie Frankreich und Großbritannien zu revidieren und den im November 2018 verhängten Waffenexportstopp gegen Saudi-Arabien vollumfänglich wieder in Kraft zu setzen und umgehend auf alle Länder der Jemen-Kriegscoalition auszuweiten;
2. dafür zu sorgen, dass keine Atomtechnologien bzw. Komponenten zum Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, kein angereichertes Uran aus den Urananreicherungsanlagen der URENCO in Gronau, Almelo (Niederlande), Capenhurst (Großbritannien) und Eunice (New Mexico, USA) sowie keine Brennelemente der ANF Lingen zur Verwendung in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien geliefert werden, und umgehend die Stilllegung der deutschen Uranfabriken auf den Weg zu bringen.

Berlin, den 2. April 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

